

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 08.01.2021

Niederschrift

über die **Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 08.12.2020, 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

INFEKTIONSSCHUTZ: Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Fischer, Stefan	GRÜNE
Heinrichs, Nicole	GRÜNE
Herrndorf, Martin, Dr.	GRÜNE
Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister	GRÜNE
Sterba, Maj-Britt	GRÜNE
Utku, Mildred	GRÜNE
Vinçon, Klaus	GRÜNE
Börschel, Regina, Dr.	Auf Vorschlag von SPD
Cremer, Tim	SPD
Polat, Alicem	SPD
Leitner, Günter	CDU
Müller, Manfred	DIE LINKE.
Scheffer, Michael	Auf Vorschlag der Linken
Nüsser, Christian	FDP
Horch, Lea	KlimaFreunde
Kader, Sabine	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Karadag, Derya	GRÜNE
Lutz, David, Dr.	GRÜNE
Michel, Dirk	CDU
Schwanitz, Hans	GRÜNE
Weber, Florian	CDU

Verwaltung

Höver, Ulrich, Dr.

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Flöge-Becker, Maria

Gäste

Frau Ute Palm

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Schriftführerin

Brohl, Andrea

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Breite, Ulrich	FDP
Hammer, Lino	GRÜNE
Helmis, Maria	SPD
Heuser, Marion	GRÜNE
Jeschka, Manuel	Volt
Kockerbeck, Heiner	DIE LINKE
Lorenz, Lukas	SPD
Rudolph, Floris	GRÜNE
Ruffen, Stefanie	FDP
Schneeloch, Sandra	GRÜNE
Sterck, Ralph	FDP

Mitglieder der Bezirksvertretung

Kosubek, Antje	GRÜNE
Musto, Michael	CDU
Uerlich, Ralf	CDU

Herr Vincon, Grüne, beantragt die Verschiebung der Tagesordnungspunkte 5.1.1, 5.2.7 und 4.3.

Herr Cremer, SPD, macht Fristeneinrede für TOP 3.14 geltend und bittet diesen TOP nicht noch auf die Tagesordnung aufzunehmen. Gleichzeitig mit der Durchführung der Bürgerinformation wolle die Verwaltung bereits Fakten schaffen, dies werde bereits umfassend in den sozialen Medien diskutiert.

Herr Fischer, Grüne, beantragt die Aufnahme auf die Tagesordnung und die Beratung der Beschlussvorlage.

Herr Hupke betont, dass die Verwaltung sich an alle Beschlüsse der Bezirksvertretung gehalten habe, die Bürgerinformation solle am 17.12.2020 um 17 Uhr stattfinden und lässt über die Aufnahme auf die TO abstimmen:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, Linke, Die Partei und Klimafreunde zugestimmt.

Herr Leitner, CDU, bittet TOP 5.2.1 wegen Beratungsbedarfs zu vertagen.

Herr Vincon beantragt daraufhin zu TOP 5.2.1 einen Ortstermin.

Herr Scheffer beantragt die Vertagung von TOP 3.1 und die Durchführung eines Ortstermins. Er weist auf den Änderungsantrag der Linken zu TOP 5.2.2 hin, der kurzfristig eingestellt wurde.

Herr Nüsser, FDP, bittet um Vertagung von TOP 4.1.

Herr Cremer, SPD, gibt zu TOP 4.1 zu Bedenken, dass das Fachamt die detaillierte Wegeführung und konkrete Planungen noch vorstellen werde und eine Beschlussfassung daher unkritisch sei.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass in der Vorlage stehe, dass die Bezirksvertretung die Verwaltung jetzt mit der Planung beauftrage und die Fachverwaltung erst nach diesem Auftrag eine detaillierte Planung erarbeite.

Herr Nüsser, FDP, zieht den Antrag auf Vertagung daraufhin zurück und bittet einen OT durchzuführen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema**
- 2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen**
- 3 Verwaltungsvorlagen**
 - 3.1 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße
1619/2020
 - 3.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln
Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss
1939/2020
 - 3.2.1 Änderungsantrag - Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss 1939/2020, Änderungsantrag Grüne
AN/1465/2020
 - 3.2.2 Gemeinsamer Änderungsantrag CDU und SPD - Umgestaltung Ebertplatz - Bedarfsfeststellungsbeschluss
AN/1481/2020
 - 3.3 Ebertplatz: Fortführung der Zwischennutzung und Ausarbeitung eines Zwischennutzungskonzeptes für den Zeitraum nach Juni 2021
Arbeitstitel: Fortführung der Zwischennutzung Ebertplatz
2156/2020

- 3.4 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 3053/2020
- 3.5 Erneuerung der elektrischen Unterverteiler im Bürgerhaus Stollwerck 2152/2020
- 3.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss Interimsmaßnahmen Johannisstraße/Tunnelbereich 2186/2020
- 3.7 Notwendige Anpassung der Blockrandbebauung im Rahmen der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud 1051/2020/3
- 3.8 Errichtung eines „Offenen Bücherschranks“ 2780/2020
- 3.9 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 2105/2020
- 3.10 wurde zu TOP 9.22 verschoben, da Mitteilung
- 3.11 Bewegungs Parcours im Hafenpark Deutz 0667/2020
- 3.12 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Fünfte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt 2951/2020
- 3.13 Straßen- und Wegekonzert gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen 1480/2020
- 3.14 Neue Verkehrsführung im Bereich der Straße Eigelstein 3336/2020
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 4.1 Abbau von sieben Lichtsignalanlagen im Belgischen Viertel durch den Einsatz alternativer Betriebsformen und Bürgereingabe "Überquerung Venloer Straße/Grüngürtel" (AZ.: 157/19) sowie Bürgereingabe "Verkehrsführung im Bereich Vogelsangerstr./Ludolf-Camphausen-Str./Venloer Str." (AZ.: 032/19) 3240/2019
- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parksituation Brüsseler Straße (Az.: 02-1600-260/18) 0491/2020
 - 4.2.1 Änderungsantrag - Parksituation Brüsseler Straße - Änderungsantrag Grüne AN/1475/2020
- 4.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - Zusatzschilder Rheinauhafen - Az: 125/20 B 2351/2020
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
 - 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
 - 5.1.1 Parkraumoptimierung in der Engelbertstraße, Gem. Antrag Grüne, Die Linke, Gut, Deine Freunde AN/0869/2020
 - 5.1.2 Digitales Bürgerbeteiligungs-/Bürgeranhörungsverfahren zur Verkehrsführung Eigelstein, Antrag CDU AN/0930/2020
 - 5.1.3 Zebrastreifen am Eierplätzchen, Antrag Grüne AN/0889/2020
 - 5.1.4 Poller im Kurvenbereich Darmstädter Straße / Kurfürstenstraße (Neustadt/Süd), Antrag SPD AN/0945/2020
 - 5.1.5 Videobeobachtungsanlagen Ebertplatz Zwischenebene, Antrag CDU AN/0941/2020
 - 5.1.6 Kleinkinderspielplatz am Theodor-Heuss-Ring (Neustadt/Nord), Antrag SPD AN/0951/2020

- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
 - 5.2.1 Steigerung der Aufenthaltsqualität und Nahmobilität durch Neuordnung der Verkehre im Bereich Breite Straße/Ehrenstraße, gemeinsamer Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1336/2020
 - 5.2.1.1 Änderungsantrag - Steigerung der Aufenthaltsqualität und Nahmobilität durch Neuordnung der Verkehre im Bereich Breite Straße/Ehrenstraße, Änderungsantrag FDP
AN/1472/2020
 - 5.2.1.2 Änderungsantrag – Steigerung der Aufenthaltsqualität und Nahmobilität durch Neuordnung der Verkehre im Bereich Breite Str./Ehrenstraße:
AN/1336/2020 - Änderungsantrag SPD
AN/1482/2020
 - 5.2.2 Hilfe für obdachlose Menschen, Antrag Grüne
AN/1308/2020
 - 5.2.2.1 Änderungsantrag - Hilfe für Obdachlose Menschen- Änderungsantrag FDP
AN/1473/2020
 - 5.2.2.2 Änderungsantrag zur Hilfe für Obdachlose, Antrag Die Linke
AN/1458/2020
 - 5.2.3 Maskenpflicht - Mehr Klarheit gewünscht, Antrag SPD
AN/1310/2020
 - 5.2.4 Zum Sachstand der BV-Beschlüsse, Antrag Die Linke
AN/1307/2020
 - 5.2.5 Sicherer Schulweg mittels Zebrastreifen über "Am Weidenbach", gemeinsamer Antrag Klima Freunde und Grüne
AN/1341/2020
 - 5.2.6 Tempo 30 auf dem Gotenring, Antrag Grüne
AN/1309/2020
 - 5.2.7 Umbenennung der Mohrenstraße in Altstadt-Nord, Antrag SPD
AN/1311/2020
 - 5.2.8 Gefahrenstelle Rathauszugang entschärfen, Antrag Die Linke
AN/1306/2020

- 5.2.9 Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall, Antrag Grüne
AN/1321/2020
- 5.2.9.1 Änderungsantrag - Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall -
Änderungsantrag FDP
AN/1474/2020
- 5.2.10 Fahrradschutzstreifen Hohenzollernring Einbiegung in die Maastrichter Stra-
ße, Antrag SPD
AN/1312/2020
- 5.2.11 Lückenschluss der verkehrsberuhigten Bereich im Bereich Severinswall, An
der Bottmühle, Karl-Korn-Straße, Dreikönigenstraße und Zwirnerstraße - so-
wie Öffnung der Einbahnstraßen Dreikönigenstraße und An der Bottmühle für
den Radverkehr, Antrag Grüne
AN/1322/2020
- 5.2.12 Querung des Rudolfplatzes während jeglicher Platznutzung, Antrag SPD
AN/1313/2020
- 5.2.13 Verbesserung der Barrierefreiheit und Radverkehr am südlichen Ubierring,
Antrag Grüne
AN/1328/2020

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
- 6.1.1 Aufwertung Ehrenstraße - Aktueller Stand, Gem. Anfrage Grüne, Linke, Dei-
ne Freunde, FDP, GUT
AN/0027/2019
- 6.1.2 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD
AN/1701/2018
- 6.1.3 Sachstand Sanierung Fort X (Neustadt/Nord), Anfrage SPD
AN/0194/2019
- 6.1.4 Anfrage zum Beschluss der BV I / Tempo 50 auf der Inneren Kanalstraße
AN/0015/2019, Anfrage Grüne
AN/1120/2019
- 6.1.5 Kellertheater und Kartäuserwall, Anfrage Linke
AN/1173/2019

- 6.1.6 Sanierung des Bolzplatzes am Quäker Nachbarschaftsheim, Anfrage SPD AN/1571/2019
- 6.1.7 Umsetzung der Multifunktionszonen vor Veranstaltungsorten, Anfrage SPD AN/0085/2020
 - 6.1.7.1 Umsetzung der Multifunktionszonen vor Veranstaltungsorten
hier: Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 30.01.2020, TOP 6.2.1
0326/2020
- 6.1.8 Volksgartenstraße/Rolandstraße: Koordinierung der Arbeiten auf Alleestreifen und Fahrbahn, Anfrage SPD AN/0249/2020
 - 6.1.8.1 Volksgartenstraße/Rolandstraße: Koordinierung der Arbeiten auf dem Alleestreifen und der Fahrbahn AN/0249/2020
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 05.03.2020, TOP 6.2.1
3328/2020
- 6.1.9 Sachstand Verkehrsberuhigung Eborunenstraße, Anfrage Grüne AN/0582/2020
 - 6.1.9.1 Sachstand Verkehrsberuhigung Eburonenstraße
hier: Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 04.06.2020, TOP 6.2.1
2401/2020
- 6.1.10 Schulweg- und Radschulwegpläne bzw. Schulwegempfehlung für das Rad, Anfrage Grüne AN/0925/2020
- 6.1.11 Planung der Linie 17 - Waidmarkt -, Anfrage CDU AN/0944/2020
 - 6.1.11.1 Planung der Linie 17 - Waidmarkt
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.08.2020, TOP 6.2.2
3215/2020
- 6.1.12 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit, Anfrage CDU AN/0949/2020
- 6.1.13 Lüftung und Klimatisierung von Klassenräumen, Dimensionierung von Schulhöfen, Anfrage Grüne AN/0970/2020

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

6.2.1 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße (AN/1539/2010);
Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016)
AN/1315/2020

6.2.2 Begrünung insbesondere des Ubierring, Karolingerring und Sachsenring,
Anfrage Grüne
AN/1402/2020

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Platzfläche vor St. Heribert
hier: mündl. Anfrage von Herrn Fischer in der Sitzung der BV Innenstadt am
04.06.2020, TOP 7.1
2403/2020

9.2 Parkhaus Hochschule für Musik und Tanz für das Anwohnerparken freigeben
2139/2020

9.3 Änderung Parkordnung zur Gewährleistung der Barrierefreiheit auf Gehwegen in der Engelbertstraße
2524/2020

9.4 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender für die Amtsperiode 2014-2020
2366/2020

9.5 Einrichtung eines Radfahrstreifens auf der Aachener Straße zwischen Brabanter Straße und Moltkestraße im Zuge des Radverkehrskonzeptes Innenstadt
hier: Umsetzung des Planungsbeschlusses 0473/2020
2653/2020

9.6 Regenbogen-Zebrastreifen
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020
2688/2020

- 9.7 Behindertenparkplatz Metzger Straße
hier: Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 04.06.2020, TOP 7.2
2713/2020
- 9.8 Ampelpärchen Heumarkt
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020
2613/2020
- 9.9 Poller auf der Plankgasse
hier: Geänderter Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 26.08.2020, TOP 4.1
2881/2020
- 9.10 Stellungnahme der Verwaltung zum AN/0870/2020 der BV 1 (Innenstadt)
3021/2020
- 9.11 Hunde-WC Parkanlage Quentelstr. Südstadt
3022/2020
- 9.12 Reinigung Freizeitanlage Klingelpützpark
3122/2020
- 9.13 Corona-Testzentrum Hauptbahnhof AN/1140/2020
3143/2020
- 9.14 Klassifizierungsänderung Venloer Straße
hier: Nachfrage des BV-Mitgliedes Klemm in der Sitzung der BV Ehrenfeld am 15.06.2020, TOP 8.1
1882/2020
- 9.15 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus"
Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung";
hier: Beschluss vom 21.05.2019 aus der Sitzung des Rates der Stadt Köln, TOP 10.15, Pkt. 3 (Vorlagen-Nr. 0930/2019) sowie Beschluss vom 28.06.2018 aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, TOP 5.2, Pkt. 3 (Vorlagen-Nr. 0950/2018)
2678/2020
- 9.16 Verbessertes Erscheinungsbild für die Haltestelle Hansaring (Neustadt/Nord)
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am 04.06.2020, TOP 5.2.2
1899/2020

- 9.17 Stellungnahme zu einem Antrag der SPD-Fraktion der BV Innenstadt vom 26.08.2020, AN/0948/2020
Aufwertung des Dechant-Löbbel-Platzes (Altstadt / Nord)
3206/2020
- 9.18 Temporäres Buslinienkonzept an der Behelfsbrücke am Waidmarkt
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am 26.08.2020, TOP 5.2.11
2987/2020
- 9.19 Tätigkeitsbericht der Ämter für Straßen und Verkehrsentwicklung und für Verkehrsmanagement 2019
3138/2020
- 9.20 Änderung und erneute Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 65450/05 nach § 3 Absatz 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Absatz 3 BauGB;
Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord
3291/2020
- 9.21 Jahresbericht der Bezirksvertretung Innenstadt 2018 - 2020
3457/2020
- 9.22 Ergänzung des Reinigungsverzeichnisses nach Beschlussfassung.
3371/2020

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Als Stimmzähler werden Herr Vincon (Grüne), Herr Cremer (SPD) und Herr Scheffer (Die Linke) benannt.

3 Verwaltungsvorlagen

**3.1 Sportentwicklungsplanung - Sponsoringvertrag mit der Firma SNIPES SE - Neubau eines Basketball- bzw. Streetballplatzes im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer Straße und Vogelsanger Straße
1619/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt verträgt die Beschlussvorlage mit dem Ziel einen gemeinsamen Ortstermin mit beteiligten Ratsausschüssen im Frühjahr durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**3.2 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln
Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss
1939/2020**

Frau Birte Müller, Stadtplanungsamt, stellt die beiden Planungsvarianten anhand einer Präsentation vor. Sie weist darauf hin, dass für Variante 02 keine Vorqualifizierung im Sinne eines skizzenhaften Entwurfs vorhanden ist, die aber dringend als Basis für die EU-Vergabe der Planungsleistungen erforderlich ist. Erst nach einer Vorqualifizierung und politischen Richtungsentscheidung könne der Start der EU-Vergabe frühestens im I. Quartal 2022 beginnen. Für Variante 01 liegt das Ergebnis der Planungswerkstatt Ringe als Basis für die EU-Vergabe der Planungsleistungen vor. Darüber hinaus macht Frau Müller auf die im Beschluss benannten Risiken grundsätzlich und speziell bei Erhalt des bestehenden Bauwerks aufmerksam.

Frau Dr. Börschel, SPD, weist auf ihr Statement im Stadtentwicklungsausschuss (Anlage 5) hin. Die Vorlage sei 3 Jahre verspätet und alle wichtigen Prüfungen, wie z. B. ein Verkehrsgutachten und ein Betongutachten, seien noch nicht erfolgt. Sie stellt den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD, TOP 3.2.2, vor, der die Weiterverfolgung der Planungsvariante 01 beinhaltet.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke weist darauf hin, dass die weitere Prüfung der Planungsvariante 02 das Ergebnis aus dem Diskussionsprozess mit der Stadtgesellschaft sei.

Herr Leitner, CDU, erläutert auf Nachfrage von Frau Kader, Die Partei, dass Variante 01 von der Verwaltung zeitnah umgesetzt werden könne, während für Variante 02 zuerst noch eine Vorqualifizierung erfolgen müsse. Die Einsparungen, die entstehen, sofern nur Variante 01 weiterverfolgt werde, könnten den Künstlern zu Gute kommen. Es gebe viele Möglichkeiten die Künstler auf dem Ebertplatz zu integrieren. Er betont, dass die Risiken einer weiteren unterirdischen Nutzung nicht hinreichend beachtet würden.

Frau Utku, Grüne, beruft sich auf das Statement der Bürger und stellt den Änderungsantrag der Grünen, TOP 3.2.1 vor, wonach u.a. beide Planungsvarianten weiter verfolgt, die Vorschläge der Bürger berücksichtigt und für beide Varianten zwei unterschiedliche Büros beauftragt werden sollen. Dabei soll auch kleineren Büros die Teilnahme am Verfahren ermöglicht werden. Die erarbeiteten Aufgabenstellungen sollen für beide Varianten der Stadtöffentlichkeit präsentiert und mit ihr diskutiert werden.

Frau Müller, Stadtplanungsamt, teilt mit, dass eine erste Betonuntersuchung samt Stellungnahme des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau bereits vorliege und das vom Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung ein Verkehrsgutachten im I Quartal 2021 beauftrage und dem Stadtentwicklungsausschuss vorlegen werde.

Ergänzter Beschluss (mit Änderungsantrag Grüne TOP 3.2.1):

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss erkennt den Bedarf für die Vergabe von externen Planungs- und Dienstleistungen für die Umgestaltung des Ebertplatzes mit Kosten in Höhe von insgesamt 1.260.000 € (davon ca. 630.000 € investiv und ca. 630.000 € konsumtiv) an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des ersten Bearbeitungsschrittes (Vorentwurfsplanung - Leistungsphasen 1 und 2 HOAI 2013).
2. Gleichzeitig beschließt der Finanzausschuss die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 630.000 € im Teilplan 0901, Stadtplanung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6100-0901-1-3000, Umgestaltung des Ebertplatzes im Haushaltsjahr 2021.

- **Die im anliegenden Statement vorgebrachten Vorschläge zu berücksichtigen**
- **Für die beiden Varianten werden zwei unterschiedliche Büros beauftragt**
- **Die europaweit vorgegebene Matrix für den Ebertplatz soll dementsprechend angepasst werden, dass auch kleinere Büros, die Erfahrungen in vergleichbaren Projekten nachweisen können, die Teilnahme am Verfahren ermöglicht wird.**
- **Zur Sicherstellung der Transparenz und Legitimation des Verfahrens sollen die von der Verwaltung erarbeiteten Aufgabenstellungen für beide Varianten in der Stadtöffentlichkeit präsentiert und diskutiert werden. Die Begleitung dieses Zwischenschritts kann durch das Büro für Kommunikation erfolgen.**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die CDU **zugestimmt**.

3.2.1 Änderungsantrag - Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln Umgestaltung des Ebertplatzes - Bedarfsfeststellungsbeschluss 1939/2020, Änderungsantrag Grüne AN/1465/2020

Beschluss:

- Die im anliegenden Statement vorgebrachten Vorschläge zu berücksichtigen
- Für die beiden Varianten werden zwei unterschiedliche Büros beauftragt
- Die europaweit vorgegebene Matrix für den Ebertplatz soll dementsprechend angepasst werden, dass auch kleinere Büros, die Erfahrungen in vergleichbaren Projekten nachweisen können, die Teilnahme am Verfahren ermöglicht wird.
- Zur Sicherstellung der Transparenz und Legitimation des Verfahrens sollen die von der Verwaltung erarbeiteten Aufgabenstellungen für beide Varianten in der Stadtöffentlichkeit präsentiert und diskutiert werden. Die Begleitung dieses Zwischenschritts kann durch das Büro für Kommunikation erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimmen von CDU, SPD und FDP **zugestimmt**.

3.2.2 Gemeinsamer Änderungsantrag CDU und SPD - Umgestaltung Ebertplatz - Bedarfsfeststellungsbeschluss AN/1481/2020

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Planung nur noch die Variante 01 zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, Die Linke, KlimaFreunde, Die Partei gegen die Stimmen von CDU, SPD und FDP **abgelehnt**.

3.3 Ebertplatz: Fortführung der Zwischennutzung und Ausarbeitung eines Zwischennutzungskonzeptes für den Zeitraum nach Juni 2021 Arbeitstitel: Fortführung der Zwischennutzung Ebertplatz 2156/2020

Frau Dr. Börschel, SPD, vermisst in der Beschlussvorlage die Angabe eines Zeitfensters für die Zwischennutzung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat nimmt den Zwischenbericht 2019 zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines Konzepts für eine Fortführung der Zwischennutzung, welches bis zum 1. Quartal 2021 inkl. inhaltlicher Schwerpunkte und Finanzierungsplan als Beschlussvorlage eingeht

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: "Campus Kartause (Kartäuserwall 24b)" in Köln-Altstadt/Süd Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 3053/2020

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

beauftragt die Verwaltung, die Vorhabenträgerin aufzufordern, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes gemäß (Anlage 2) einen Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) auszuarbeiten. Die Ergebnisse der Beteiligung nach § 13a Absatz 3 Nummer 2 BauGB sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 4) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Erneuerung der elektrischen Unterverteiler im Bürgerhaus Stollwerck 2152/2020

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) beschließt die Erneuerung der elektrischen Unterverteiler im Bürgerhaus Stollwerck.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 156.731,93 € (inkl. MwSt.).

Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Projektsteuerung für die Durchführung der Maßnahme zu beauftragen.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Aufwendungen werden im Haushaltsjahr 2020 ergebniswirksam und wurden im Haushaltsplan 2020/2021 im

Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.6 Bedarfsfeststellungsbeschluss Interimsmaßnahmen Johannisstraße/Tunnelbereich 2186/2020

Herr Belke, Stabstelle Stadtbau im Quartier, stellt die Beschlussvorlage vor. Er weist darauf hin, dass die Deutsche Bahn 2019 gebeten habe, das Wettbewerbsergebnis noch nicht umzusetzen, weil die Brückenbauwerke, die den Teil der Johannisstraße übertunneln, stark sanierungsbedürftig seien und zunächst eine Planung für die Sanierung erforderlich sei. Dies werde ca. bis 2024 -2025 dauern. Danach müsse die Deutsche Bahn in das Sanierungs- bzw. Neubauverfahren gehen. Diese Maßnahmen seien alternativlos.. Die bereits bewilligten Fördermittel für die Sanierung konnten durch intensive Gespräche mit den Ministerien auf die Treppenanlage Maria im Kapitol umgeschichtet werden konnten. Die Durchführung einer Interimsmaßnahme sei nicht förderfähig. Die Bezirksvertretung habe beantragt zumindest einige Maßnahmen vorab durchzuführen. In der Johannisstraße soll nun mit einfachen Maßnahmen sehr effektiv Verbesserungen geschaffen werden. Der Parksuchverkehr soll dort herausgehalten werden und die Straße als Fußgängerzone mit Anliegerverkehr dienen.

Frau Dr. Börschel, SPD, erklärt, dass es fraglich sein, ob der komplette Straßenbelag verändert werden müsse. Es müsse ein Augenmerk auf die Radverkehrsführung und die Kiss & Ride-Situation gerichtet werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die in der Vorlage beschriebenen Interimsmaßnahmen zur Aufwertung des Tunnels Johannisstraße und begrüßt die zusätzlichen Maßnahmen zur weiteren Aufwertung durch die Deutsche Bahn AG.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen planerisch weiter zu entwickeln und möglichst kurzfristig umzusetzen. Sollte der dargelegte Kostenrahmen in Höhe von 446.250 € brutto um mehr als 10 % überschritten werden, ist die Maßnahme vor Umsetzung dem Gremium erneut vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.7 Notwendige Anpassung der Blockrandbebauung im Rahmen der Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums (WRM) und Fondation Corboud 1051/2020/3

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt zur Kenntnis, dass die Planungen für die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums und Fondation Corboud (WRM) und die Blockrandbebauung aufgrund der geänderten Grundstückssituation angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung Die Linke **zugestimmt**.

**3.8 Errichtung eines „Offenen Bücherschranks“
2780/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stimmt der Aufstellung eines „Offenen Bücherschranks“ durch die Bürgerstiftung Köln an dem Standort Mauritiuskirchplatz zwischen der Kirche und dem Grundstück Jahnstr. 10-12, - wie in der Anlage dargestellt - zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.9 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2105/2020**

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, bittet bei Fahrbahnsanierungen und Gehwegausbau im Regelfall einen niveaugleichen Ausbau zu realisieren, um vor dem Hintergrund einer Verkehrswende später auch mehr Gestaltungsspielraum zu haben. Er fragt, ob diese Änderungen Auswirkungen auf den Lastenausgleich haben. Die Behindertenverbände sollten zur Frage der 3 cm-Kante eingebunden werden.

Herr Cremer, SPD, fragt zu Anlage 6, Neustadt-Nord, Sudermannstraße, ob diese versehentlich als Hauptgeschäftsstraße aufgenommen wurde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat beschließt den Erlass der 275. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.10 wurde zu TOP 9.22 verschoben, da Mitteilung

**3.11 Bewegungs Parcours im Hafepark Deutz
0667/2020**

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt die konkrete Ausgestaltung des Bewegungs-Parcours im Hafepark Deutz mit Gesamtkosten in Höhe von 264.900 € und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme auf der Grundlage der Entwurfsplanung.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 264.900 € zur Umsetzung des Bewegungs-Parcours im Hafepark Deutz im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die Mittel wurden im Wege der Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.12 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Fünfte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Kernbereich Innenstadt
2951/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.13 Straßen- und Wegekonzert gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
1480/2020**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:
Der Rat beschließt

1. das Straßen- und Wegekonzert gemäß § 8a Kommunalabgabengesetz in der dieser Vorlage beigefügten Fassung (Anlage 1),
2. dass als anderes adäquates Beteiligungsverfahren für die Anliegerinnen und Anlieger bei Maßnahmen der alleinigen Erneuerung der Straßenbeleuchtung und der Straßenentwässerung sowie bei Maßnahmen an der Oberfläche von Anliegerstraßen ohne flächenmäßige Veränderung der Online-Dialog oder das schriftliche Beteiligungs-

verfahren festgelegt wird,

3. die 7. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln gemäß Anlage 2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.14 Neue Verkehrsführung im Bereich der Straße Eigelstein
3336/2020**

Frau Dr. Börschel, SPD, weist auf die wichtigen Hinweise des ADFC und des FUSS e.V. hin. Die Konfliktsituation zwischen Fußgängern und Radfahrern müsse diskutiert werden. Sie spricht sich, wie ADFC und FUSS e.V. für eine klare Trennung von Fuß- und Radwegen aus.

Bezirksbürgermeister Herr Hupke weist auf die weiter vorliegende Stellungnahme des Bürgervereins Eigelstein hin. Beide Stellungnahmen sollen der Niederschrift beigefügt werden. Ein Vertreter des Bürgervereins Eigelstein sei bei der Bürgerbeteiligung mit im Sendestudio.

Frau Dr. Börschel bittet die Verwaltung zu prüfen, wie anschlussfähig das Konzept an das Radverkehrskonzept Innenstadt sei. Sie widerspricht der Aussage der Verwaltung, dass die Situation in der Straße Im Stavenhofen nicht problematisch sei. Hier gebe es aus Richtung Hansaring einen Abkürzungsverkehr, der über Im Stavenhof weiter Richtung Eigelstein/Dagobertstraße fahre. Diese Situation solle die Verwaltung nochmals überprüfen. Die Verwaltung wird um Information gebeten, inwieweit die Verwaltungsvorlage insofern anschlussfähig sei, dass sie auch dafür Sorge, dass Raserverkehr aus der Eintrachtstraße herausgehalten und perspektivisch eine Verkehrsberuhigung in der Weidengasse erreicht werde.

Auf Nachfrage von Bezirksbürgermeister Herrn Hupke, zieht Herr Leitner, CDU, den Antrag TOP 5.1.2 zurück.

Frau Palm, Arbeitskreis Behindertenpolitik, weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage keine Aussagen zur Barrierefreiheit mache und bittet diese bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt begrüßt die Ergebnisse der Planung für eine neue, fußgängerfreundliche Verkehrsführung und Verkehrsregelung gemäß Variante 4 auf dem Eigelstein und beauftragt die Verwaltung, diese der Öffentlichkeit vorzustellen. Es soll eine der aktuellen Lage gerechte Bürgerinformationsveranstaltung in digitaler Form (Konferenz) stattfinden. Die Anmerkungen aus der Bürgerbeteiligung sollen geprüft und gegebenenfalls in die Planung eingearbeitet werden. Darüber hinaus soll die Verwaltung den Umbau der Einmündung Turiner Straße/Dagobertstraße prüfen. Die Maßnahmen werden dann der Bezirksvertretung zum abschließenden Beschluss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Abbau von sieben Lichtsignalanlagen im Belgischen Viertel durch den Einsatz alternativer Betriebsformen und Bürgereingabe "Überquerung Venloer Straße/Grüngürtel" (AZ.: 157/19) sowie Bürgereingabe "Verkehrsführung im Bereich Vogelsangerstr./Ludolf-Camphausen-Str./Venloer Str." (AZ.: 032/19) 3240/2019

Herr Cremer, SPD, bittet in die Prüfung die Ecke Venloer Straße / Peter-Dedenbachstraße aufzunehmen (Joggerüberweg).

Die Petentin stellt Ihre Eingabe vor. Sie fordert eine Tempo 30 Zone auf der Venloer Straße bis zur Ecke Innere Kanalstraße, da dort das Gymnasium Kreuzgasse, das Quäker Nachbarschaftsheim, viele Spielplätze und der Grüngürtel seien.

Herr Dr. Höver weist auf das zur Beschlussfassung vorliegende Konzept hin. Ggf. müsse die Beschlussvorlage bei weiterem Diskussionsbedarf vertagt werden.

Weiter regt die Petentin an die Ludolf-Camphausen Straße in beide Richtungen für PKW-Verkehr zu öffnen und dadurch eine Innerortsumgehung für die Bismarckstraße/Brüsseler Straße habe.

Herr Leitner, CDU, erinnert an den Ortstermin vor Ende der Wahlperiode, den Antrag der SPD und den Beschluss der BV.

Die Petentin schlägt weiter vor, dass die Kreisverkehre nicht wie auf der Bonner Straße gestaltet werden, weil dies für Radfahrende gefährlich sei. Sie regt eine Baumpflanzung auf den kompakten Kreisverkehren an.

Herr Hupke bittet die Petentin die Änderungswünsche ihm und der Verwaltung schriftlich mitzuteilen. Danach könne dann ein Ortstermin durchgeführt werden.

Herr Scheffer, Die Linke, macht auf die Mitteilung TOP 9.14 zur Klassifizierungsänderung der Venloer Straße in eine Gemeindestraße aufmerksam.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, beantragt die Vertagung der Beschlussvorlage und die Durchführung eines Ortstermins.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beschlussvorlage mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung und der Petentin durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parksituation Brüsseler Straße (Az.: 02-1600-260/18) 0491/2020

Der Petent stellt seine Eingabe vor. Er rät davon ab, für die Einrichtung von Bewohnerparken die Ladezonen zu nutzen, da diese im belgischen Viertel dringend benötigt würden.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, dankt dem Petenten und weist auf den Änderungsantrag der Fraktion hin.

Herr Cremer, SPD, beantragt die Vertagung und die Durchführung eines Ortstermins mit Petenten und Verwaltung.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beschlussvorlage mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2.1 Änderungsantrag - Parksituation Brüsseler Straße - Änderungsantrag
Grüne
AN/1475/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beschlussvorlage mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bügereingabe nach § 24 GO - Zusatzschilder Rheinauhafen - Az: 125/20
B
2351/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt die Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

**5.1.1 Parkraumoptimierung in der Engelbertstraße, Gem. Antrag Grüne, Die Linke, Gut, Deine Freunde
AN/0869/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag bis die bei dem Ortstermin von der Fachverwaltung zugesagte Zuarbeit vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.1.2 Digitales Bürgerbeteiligungs-/Bürgeranhörungsverfahren zur Verkehrsführung Eigelstein, Antrag CDU
AN/0930/2020**

Der Antrag wird aufgrund der Beschlussvorlage TOP 3.14 zurückgezogen.

**5.1.3 Zebrastreifen am Eierplätzchen, Antrag Grüne
AN/0889/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.1.4 Poller im Kurvenbereich Darmstädter Straße / Kurfürstenstraße (Neustadt/Süd), Antrag SPD
AN/0945/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.1.5 Videobeobachtungsanlagen Ebertplatz Zwischenebene, Antrag CDU
AN/0941/2020**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob schnellstens Videobeobachtungsanlagen in der Zwischenebene des Ebertplatzes installiert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grünen, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei gegen die CDU **abgelehnt.**

5.1.6 Kleinkinderspielplatz am Theodor-Heuss-Ring (Neustadt/Nord), Antrag SPD AN/0951/2020

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Spielplatz am Theodor-Heuss-Ring (der östlichere), der vornehmlich von kleineren Kindern genutzt wird, auch Spielmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahren zu schaffen. Ferner sollen die Spielgeräte auf ihre Funktionalität hin überprüft werden. Zu diesem Zweck soll ein Ortstermin mit interessierten Eltern stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Steigerung der Aufenthaltsqualität und Nahmobilität durch Neuordnung der Verkehre im Bereich Breite Straße/Ehrenstraße, gemeinsamer Antrag Grüne, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1336/2020

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.1.1 Änderungsantrag - Steigerung der Aufenthaltsqualität und Nahmobilität durch Neuordnung der Verkehre im Bereich Breite Straße/Ehrenstraße, Änderungsantrag FDP AN/1472/2020

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.1.2 Änderungsantrag – Steigerung der Aufenthaltsqualität und Nahmobilität durch Neuordnung der Verkehre im Bereich Breite Str./Ehrenstraße: AN/1336/2020 - Änderungsantrag SPD AN/1482/2020

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.2 Hilfe für obdachlose Menschen, Antrag Grüne AN/1308/2020

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, kritisiert, dass Herr Dr. Rau nicht auf seine Einladung zur Sitzung reagiert habe. Frau Dr. Robinson, Amtsleiterin des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren, habe mitgeteilt, dass Sie nicht persönlich teilnehmen könne und als Vertreter des Amtes für Soziales und Senioren Herrn Hartung entsandt.

Eine Anwohnerin schildert die Probleme auf der Deutzer Freiheit. Beinahe jeder zweite Hauseingang sei voll Kot und Urin. Meist osteuropäische Obdachlose, die fast jede Würde verloren hätten, pöbelten Bürgerinnen auf schlimmste Weise an und verrichteten ungehindert überall ihre Notdurft. Diese Zustände, wie sie auch teils in der Innenstadt vorhanden seien, seien insbesondere für die Anwohner unerträglich. Sie habe das Gefühl, dass immer mehr Obdachlose kommen und fühle sich ohnmächtig. Dies bereite ihr Sorge.

Herr Janke, Amt für öffentliche Ordnung, berichtet, dass dort regelmäßig, meist täglich, kontrolliert werde, auch unabhängig von Anrufen der Anwohner. Das Amt für öffentliche Ordnung könne nur ahnden, was nach Kölner Stadtordnung verboten sei, wie beispielsweise aggressives Betteln, Urinieren oder Lagern und schreite in diesen Fällen konsequent ein. Nur dann könnten und würden Platzverweise erteilt. Das Ordnungsamt scheue nicht davor zurück, bei entsprechendem Anlass Verwarngelder zu erheben oder Bußgeldverfahren einzuleiten. Er betont, dass dieses Problem mit rein ordnungsbehördlichen Maßnahmen nicht gelöst werden könne.

Herr Coers, Polizei-Bezirksdienstbeamter Deutz, bestätigt, dass es vor Ort das Problem einer etablierten Trinkerszene gebe, das alleine durch repressive Maßnahmen des Amtes für öffentliche Ordnung oder der Polizei nicht gelöst werden könne. Hier müsse Politik und Stadt längerfristig greifende Maßnahmen umsetzen ggf. mit ASD oder sozialpsychiatrischem Dienst. Wenn jemand in Gewahrsam genommen werde, weil er beispielsweise einem Platzverweis nicht nachgekommen sei, kehre er am nächsten Tag in seine gewohnte Umgebung zurück. Dies habe man selbst nach einem dreimonatigen Krankenhausaufenthalt so beobachtet. Die Menschen würden dorthin zurückkehren, wo sie zum einen Geld bekommen und zum anderen ihre Freunde wiedersehen. Diese Obdachlosen seien in einer Lebensphase, wo Unterstützungsangebote nicht mehr angenommen würden.

Herr Hartung, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, berichtet, dass die Szene an der Deutzer Freiheit eine von mehreren Szenen in der Innenstadt sei, die es schon länger gebe. Der Rat habe 2018 für den Personenkreis der EU-Zuwanderer Angebote geschaffen, die der Gesetzgeber nicht zur Verfügung stelle. Die Möglichkeit diese Personen im Rahmen der Sozialleistungsgesetze zu unterstützen sei äußerst gering oder gar nicht vorhanden. Der Rat habe jährlich 650.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit habe die Verwaltung u. a. in der Südstadt ein Objekt zur Verfügung gestellt, in welchem die EU-Bürger übernachten und sich tagsüber aufhalten, einen ärztlichen Dienst aufsuchen sowie eine Beratung in Anspruch nehmen könnten und gegen ein

geringes Entgelt gepflegt würden. Man stelle fest, dass ca. 1/5 der nicht integrierten EU-Bürger in einem Zustand seien, in dem man sie mit Hilfsangeboten nicht erreichen könne. In der Deutzer Freiheit seien Sozialarbeiter, sofern notwendig auch mit Sprach- und Kulturmittlern, seit Monaten wöchentlich in der Szene, um einen Zugang zu den Menschen zu finden. Man rede miteinander, doch habe man noch nicht in Erfahrung bringen können, wie die Menschen heißen, wo sie herkommen und wo sie sich aufhalten. Man biete die humanitäre Hilfe in der Vorgebirgsstraße an und andere Hilfen wie medizinische Unterstützung, die jedoch nicht angenommen würden. Hier seien die Möglichkeiten einer Unterstützung nahezu ausgeschöpft. Dies mache auch ihn mit langjähriger Erfahrung ratlos. Die Situation einfach hinzunehmen, da man in einer Großstadt damit leben müsse, sei keine Lösung, da er auch für die Anwohner großes Verständnis habe. Hier müssten eine ganze Reihe von Maßnahmen in einer konzertierten Aktion erfolgen.

Herr Fischer, Grüne, erklärt, dass durch die eindrucksvollen Schilderungen deutlich geworden sei, dass man es mit schwerstkranken Menschen zu tun habe, die Hilfe benötigen. Er beobachte Mitarbeiter des Amtes für öffentliche Ordnung, die Verstöße nicht ahnden. Die Arbeit des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren sei beeindruckend, aber sie erreiche diese Leute offensichtlich nicht. Wenn die Fachverwaltung sage, eine konzertierte Aktion sei notwendig, dann solle sie tätig werden. Das Bedauern und die Ratlosigkeit helfe weder den Anwohnerinnen und Anwohnern noch den Obdachlosen. Das Dezernat sei in der Pflicht wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Den Änderungsantrag der FDP inkl. der Trinkwasserversorgung bei den Beispielen übernehme die Fraktion, den Änderungsantrag der Linke nicht, da man sich vor dieser Seite der Realität nicht wegducken möchte und auch die ordnungspolitischen Maßnahmen erfolgen müssten, da auch die Anwohner ein Recht auf Menschenwürde hätten.

Herr Cremer, SPD, betont, dass alle, die sich mit dem Thema befassen, die Zustände bedrücken und bestürzen, weil es menschliches Leid sei. Man müsse eine Möglichkeit finden diesen Menschen zu helfen. Er glaube, dass der Antrag die Fachverwaltung nicht weiter bringe. Auch die freien Träger, die sich mit diesem Thema befassen seien an der Grenze. Es brauche eine deutlich stärkere Unterstützung. Die SPD habe vor Jahren gefordert, dass die Innenstadt ein Sozialraum sein müsse, auch wenn es dort meist mehr um Streetwork und Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit und Zusammenführung gehe, sei dies auch eine Möglichkeit der Früherkennung solcher Situationen. Dann bestehe auch die Möglichkeit finanzieller Unterstützung für weitere Maßnahmen. Die SPD stimme dem Antrag zu.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, betont, dass diese Situation auch am Eigelstein, Bonner Wall, Hohe Straße und Schildergasse zu finden sei. Diese Herausforderung sei eine Chefsache des Dezernats. Es ticke eine Zeitbombe, die weder von der Stadt, noch von Land und Bund gehört werde. Die Menschen aus den osteuropäischen Ländern würden alleine gelassen. Land und Bund hätten kapituliert, die Stadt resigniere.

Herr Müller, Die Linke, führt aus, dass die Kölner Innenstadt seit Jahren ein Hot Spot sei, dort würden Hunderte draußen schlafen. 2017 habe die Stadt laut einer Mitteilung an Bund und Land appelliert, die Problemursachen zu lösen. Die Problemursachen seien, dass Köln seit Jahren unter einem Wohnungsmangel leide, Köln sei die Stadt in NRW mit dem höchsten Wohnungslosen Bestand (Stand Dezember 2019: 6.198 Menschen), darin seien couchende Studenten sowie die EU-Zuwanderer nicht erfasst, sodass man davon ausgehen könne, dass ca. 10.000 Menschen in Köln oh-

ne Wohnung seien. In Zeiten der Pandemie sei die Hilfestruktur der Obdachlosen komplett zusammen gebrochen. Ordnungsbehördliche und polizeiliche Maßnahmen würden auch ohne diesen Antrag durchgeführt. Notwendig sei mehr Geld, um die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit jeder einen abschließbaren Raum habe. Hierzu würden 650.000 € jährlich nicht ausreichen. Die Stadt habe 44 Wohnungen gesucht, wo Obdachlose, die positiv auf Corona getestet wurden, in Quarantäne gesetzt werden können und es sollten Hotels gemietet werden, um Obdachlose dort unterzubringen, davon höre man nichts mehr. Die Hotels bezögen Leistungen vom Staat, daher könne man erwarten, dass sie ihre Türen übergangsweise für Obdachlose öffnen.

Herr Leitner, CDU, erinnert an den Antrag der CDU einen Kongress zum Thema Obdachlosigkeit in Köln durchzuführen hin. Diesen habe die Bezirksvertretung Innenstadt vor sechs Jahren beschlossen. Er unterstützt den Antrag, auch wenn ein gemeinsamer Antrag der BV wünschenswert gewesen sei und beantragt zu diesem Thema einen Runden Tisch einzuberufen, damit das Problem zeitnah angegangen werde.

Herr Nüsser, FDP, kann die Problematik vor Ort bestätigen und hätte ebenfalls einen gemeinsamen Antrag gewünscht. Im Änderungsantrag der FDP sei der Punkt Trinkwasserversorgung nicht absichtlich herausgefallen. Der Änderungsantrag der Linken habe ihn sehr erstaunt. Er befürworte die Kontrollen von Amt für öffentliche Ordnung und Polizei.

RM Michels erklärt, dass man lernen müsse zu differenzieren, welche Gruppen in den einzelnen HotSpots vorgefunden würden. Darunter seien osteuropäische Zuwanderer ebenso wie eine Junkie-Szene an Neumarkt und Ebertplatz, aber auch mafiöse Strukturen in Einkaufsstraßen. Man mache den ersten Fehler wenn man diese Vielschichtigkeit nicht erkenne und sage, es handele sich um Obdachlosigkeit. Das Thema Sozialraum Innenstadt sei bereits angesprochen worden.

Herr Fischer, Grüne, weist darauf hin, dass der Antrag auf den damals beschlossenen Antrag der Bezirksvertretung eingehe. Daher sei die Forderung der CDU bereits im Antrag enthalten. Die Ausführungen der Linken seien eine bössartige Unterstellung, die er auf das schärfste zurückweise, wenn gesagt werde, dass es den Grünen nur um die ordnungsbehördlichen Maßnahmen gehe und das Schicksal der Menschen egal sei.

Frau Dr. Börschel, SPD, stellt klar, dass die Bezirksvertreter kein Diagnosedefizit hätten, sondern die vielfältigen Probleme täglich wahrnahmen. Die Institutionen hätten bereits 2012 auf die osteuropäischen Zuwandererströme hingewiesen, doch alle Initiativen der Bezirksvertretung seien versandet. Es gebe viele und sehr gute Institutionen in der Innenstadt, die sinnvoll vernetzt werden müssten. Der Sozialdezernent müsse auf die Situation aufmerksam machen und entsprechenden Druck auf Land und Bund ausüben.

RM Schwanitz erklärt, dass die Diskussion zeige, dass die Maßnahmen sowohl verstärkt als auch besser koordiniert werden müssten. Er fragt, ob es eine praktische Abstimmung gebe, wer an welchen Tagen dort präsent sei.

Herr Janke, Amt für öffentliche Ordnung, führt aus, dass man im Austausch mit der Polizei stehe, man sei fast täglich dort, aber es gebe keinen Stundenplan. Er stellt klar, dass die Kollegen vor Ort nicht weggucken, sondern die Situation sehr wohl im Blick haben und einschreiten.

Herr Coers, Polizei, teilt mit, dass es keine Abstimmung zur Präsenz zwischen Amt für öffentliche Ordnung und Polizei gebe. Dies sei auch praktisch aufgrund der anderen Aufgaben der Polizei nicht möglich.

Herr Hartung, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, führt aus, dass er erklärt habe, dass es einer konzertierten Aktion bedürfe, dies bedeute, dass Ausländerbehörde, Ordnungsbehörde und Sozialbehörde gemeinsam aktiv werden müssten. In diesem Bereich stelle er zumindest noch Defizite fest. Die Arbeit müsse evaluiert werden, um zu sehen, welche Erfolge sie erziele. Man sei nicht überrascht, stelle aber erst jetzt den Umfang der Probleme fest, die sich im Innenstadtbereich gebildet hätten. Darauf müsse man reagieren. Das würde ggf. auch eine Fortschreibung des Konzeptes der humanitären Hilfe beinhalten.

Herr Leitner, CDU, weist nochmals auf seinen Antrag hin, dem Kolloquium einen Runden Tisch vorzuschieben, um die Sache zu beschleunigen. Nach Diskussion erfolgt auf Vorschlag von Herr Cremer, SPD, eine Einigung, dass der Absatz des Antrags, der den Beschluss des Kolloquiums beinhaltet, an den Anfang des Antrags gestellt werde.

Ergänzter Beschluss (mit Änderungsantrag der FDP TOP 5.2.2.1):

Grundsätzlich ist der von dieser Bezirksvertretung einstimmig gefasste Beschluss AN/0423/2015 vom 12.03.2015 endlich umzusetzen, der wie folgt lautet:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Kolloquium durchzuführen, das sich umfassend mit dem Ist-Zustand der Obdachlosenszene und der bettelnden Menschen im Stadtbezirk I befasst und Lösungsvorschläge erarbeitet, wie die Situation sich im Sinne aller Betroffenen verbessern lässt. An dem Kolloquium sind neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung u.a. auch externe Sachverständige aus den Bereichen der Sozialarbeit, der Polizei, der Justiz, der Suchtberatung, der Flüchtlingshilfe und der IHK zu beteiligen.

Die Bezirksvertretung Innenstadt setzt sich für gleiche Chancen und gute Lebensverhältnisse für alle Menschen im Stadtbezirk ein, ob mit oder ohne festen Wohnsitz. Letztere leben aufgrund vielfältiger Faktoren auf der Straße. Im Zusammenleben mit den sesshaften Einwohner*innen ergeben sich immer wieder Konflikte, die in letzter Zeit deutlich zugenommen haben. So häufen sich Situationen mit aggressivem Verhalten, Pöbeleien und Tätlichkeiten. Ebenso zu beobachten sind öffentliches Urinieren im Straßenraum wie auch Defäzieren in Hauseingängen und auf Gehwegen. Hinzu kommt das weitestgehende Ignorieren von geltenden Corona-Schutzmaßnahmen.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, diesen Menschen, die Teil unserer Gesellschaft sind, nach besten Kräften Hilfsangebote zu machen und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die aufgrund der Lebensbedingungen auftretenden Konflikte zu lösen.

Dies könnte beispielsweise geschehen durch folgende Sofortmaßnahmen an den entsprechenden Brennpunkten:

- massive Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit unter Einsatz von Dolmetscher*innen
- Bereitstellen von mobilen Toiletten (z.B. Toilettenwagen der AWB)

- ~~Bereitstellen von Duschcontainern~~
- **Einsatz eines Duschmobils in Kombination mit einer Kleiderausgabe an den Brennpunkten**
- Bereitstellen von Trinkwasser durch die Rheinenergie AG
- Ausgabe sauberer Kleidung
- Angebot medizinischer Versorgung
- konsequente Ahndung ordnungs- und rechtswidriger Verhaltensweisen inklusive Überwachung der geltenden Maßnahmen im Rahmen der Corona-Schutzverordnung.

Langfristig sollten zusätzlich folgende Maßnahmen angestrebt werden:

- engere Verzahnung mit den zuständigen Stellen und Angeboten im sozialpsychiatrischen und Suchtbereich
- Einbindung der Hilfsorganisationen, wie OASE, Gulliver, Vringstreff sowie der in der Obdachlosenhilfe aktiven Sozialverbände
- Unterstützung nachbarschaftlicher Netzwerke, die das Ziel eines Dialogs verfolgen
- **Das Programm „Housing First“ wird intensiv vorangetrieben, um Obdachlosen Menschen schnellstmöglich wieder die Sicherheit und Struktur zu verschaffen, die eine Wohnung bietet.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der Linken **zugestimmt.**

5.2.2.1 Änderungsantrag - Hilfe für Obdachlose Menschen- Änderungsantrag FDP AN/1473/2020

Die Bezirksvertretung beschließt:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

Dies könnte beispielsweise geschehen durch folgende Sofortmaßnahmen an den entsprechenden Brennpunkten :

- Massive Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit unter Einsatz von Dolmetscher*innen
- Bereitstellen von mobilen Toiletten (z.B Toilettenwagen der AWB)
- **Einsatz eines Duschmobils in Kombination mit einer Kleiderausgabe an den Brennpunkten.**
- Angebot medizinischer Versorgung
- Konsequente Ahndung ordnungs- und rechtswidriger Verhaltensweisen inklusive Überwachung der geltenden Maßnahmen im Rahmen der Corona-Schutzverordnung

Die langfristig anzustrebenden Maßnahmen werden um folgenden Punkt ergänzt

- **Das Programm „Housing First“ wird intensiv vorangetrieben, um Obdachlosen Menschen schnellstmöglich wieder die Sicherheit und Struktur zu verschaffen, die eine Wohnung bietet.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der Linken **zugestimmt**.

**5.2.2.2 Änderungsantrag zur Hilfe für Obdachlose, Antrag Die Linke
AN/1458/2020**

Beschluss:

Der als Sofortmaßnahme beantragte Beschlusspunkt :
„konsequente Ahndung ordnungs- und rechtswidriger Verhaltensweisen inklusive Überwachung der geltenden Maßnahmen im Rahmen der Corona-Schutzverordnung“
entfällt.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grünen, CDU, SPD, FDP, KlimaFreunde, Die Partei gegen die Stimmen der Linken **abgelehnt**.

**5.2.3 Maskenpflicht - Mehr Klarheit gewünscht, Antrag SPD
AN/1310/2020**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich für eine optische Kennzeichnung (z.B. Varios der Firma Stroer/Debuschewitz) der Gebiete einzusetzen, in denen die Maskenpflicht gilt. Entsprechend der Beschilderung von Parkverbots- oder 30-er Zonen.

Ebenso sollten deutlich mehr Piktogramme auf dem Boden angebracht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**5.2.4 Zum Sachstand der BV-Beschlüsse, Antrag Die Linke
AN/1307/2020**

Beschluss

1. Die Verwaltung möge prüfen, ob es ihr fortan möglich ist, der Bezirksvertretung den Umsetzungsstand ihrer Beschlüsse in Form eines Jahresberichtes vorzulegen und laufend zu aktualisieren. Analog zur Vorgehensweise in der BV Mülheim z.B. wird darüber hinaus angeregt, zeitnah eine dezidierte Übersicht sämtlicher in der Bezirksperiode 2014 bis 2020 gefassten Beschlüsse und deren Umsetzungsstand zu erstellen.
2. Diese Übersicht soll klar strukturiert und intuitiv erfassbar darlegen, ob, wann und wie Beschlüsse der BV1 umgesetzt, nicht umgesetzt, abgelehnt, in die Gremien verwiesen, von Fachausschüssen überstimmt oder zurückgestellt wurden; Antragsnummer und Sitzungsdatum sind tabellarisch zu hinterlegen, vorstellbar ist auch eine Beschluss-Ampel o.ä.
3. Dabei sind lediglich Anträge inklusive Änderungs-, Dringlichkeits- und Zusatzanträge zu erfassen, die gemäß §§ 3, 5, 12 und 13 der Geschäftsordnung des

Rates mehrheitlich beschlossen wurden. Ausgenommen sind Beschlüsse, die in die alleinige Verantwortung der Dienststellen 64 (Amt für Verkehrsmanagement) und 66 (Amt für Straßen- und Verkehrsentwicklung) fallen, die eigene Übersichten erstellen. Eine Zuarbeitung der Verwaltung ist gemäß §45 der GO des Rates ausdrücklich vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.5 Sicherer Schulweg mittels Zebrastreifen über "Am Weidenbach", gemeinsamer Antrag Klima Freunde und Grüne
AN/1341/2020**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, südlich der Kreuzung Am Weidenbach/Pantaleonswall einen Zebrastreifen einzurichten und vor dem Zebrastreifen Poller so einzurichten, dass das Halten/Parken nicht mehr möglich ist. (Höhe Eiscafé Adria, Am Weidenbach 39).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.6 Tempo 30 auf dem Gotenring, Antrag Grüne
AN/1309/2020**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Gotenring in beiden Fahrtrichtungen eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.7 Umbenennung der Mohrenstraße in Altstadt-Nord, Antrag SPD
AN/1311/2020**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2.8 Gefahrenstelle Rathauszugang entschärfen, Antrag Die Linke
AN/1306/2020**

Beschluss:

Um die Sturzgefahr von Seh- und Gehbehinderten am Rathauszugang Spanischer Bau zu reduzieren, werden kurzfristig Treppengeländer und/oder Handläufe installiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.9 Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall, Antrag Grüne AN/1321/2020

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.9.1 Änderungsantrag - Verkehrsführung im Bereich Friesenstraße / Friesenwall - Änderungsantrag FDP AN/1474/2020

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.10 Fahrradschutzstreifen Hohenzollernring Einbiegung in die Maastrichter Straße, Antrag SPD AN/1312/2020

Herr Vincon, Grüne, beantragt die Durchführung eines Ortstermins mit der Fachverwaltung.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.11 Lückenschluss der verkehrsberuhigten Bereich im Bereich Severinswall, An der Bottmühle, Karl-Korn-Straße, Dreikönigenstraße und Zwirnerstraße - sowie Öffnung der Einbahnstraßen Dreikönigenstraße und An der Bottmühle für den Radverkehr, Antrag Grüne AN/1322/2020

Herr Leitner, CDU, beantragt die Durchführung eines Ortstermins mit der Fachverwaltung.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt vertagt den Antrag mit dem Ziel einen Ortstermin mit der Fachverwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.12 Querung des Rudolfplatzes während jeglicher Platznutzung, Antrag SPD AN/1313/2020

Herr Leitner, CDU, bittet um Mitteilung zum Planungsstand für die separate Fahrradspur vom Neumarkt bis Rudolfplatz, über den Rudolfplatz und weiter auf der Aachener Straße bis zur Moltkestraße und Universitätsstraße ist.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt - bis zur Fertigstellung der endgültigen Verkehrsführung – dafür Sorge zu tragen, dass jederzeit die Möglichkeit zur Querung des Rudolfplatzes mit dem Fahrrad gesichert ist. Dazu soll bei geplanter Platznutzung, insbesondere während des „Öko-Marktes“ und des Street-Food-Marktes, durch Kontrolle des Weges durch den Ordnungsdienst oder einer ausgeschilderten Umleitung stets eine Fahrradstrecke zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.13 Verbesserung der Barrierefreiheit und Radverkehr am südlichen Ubierring, Antrag Grüne AN/1328/2020

Beschluss:

Den jetzigen Schutzstreifen am südlichen Ende des Ubierring (zwischen Mainzer und Rheinuferstraße) in eine Radspur umzuwandeln und nach dem neuen „Kölner Standard“ auf 2,75 Meter auszulegen. Die Straßenbahn und der motorisierte Verkehr werden gemischt über die jetzige Bahntrasse geführt.

Die Sicherheit und Barrierefreiheit am Überweg aus dem Park zur Technischen Hochschule am Ubierring sicherzustellen.

Am Ende des Weges aus dem Park in Richtung Kreuzung Mainzer Straße/Uberring/An der Bottmühle die gefährliche Engstelle zwischen den Bahngleisen mittels einer Signalanlage zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1.1 Aufwertung Ehrenstraße - Aktueller Stand, Gem. Anfrage Grüne, Linke, Deine Freunde, FDP, GUT
AN/0027/2019**

**6.1.2 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD
AN/1701/2018**

Frau Dr. Börschel, SPD, beschwert sich, dass die Fachverwaltung bisher noch keine Antwort zu dieser Anfrage vorgelegt habe.

**6.1.3 Sachstand Sanierung Fort X (Neustadt/Nord), Anfrage SPD
AN/0194/2019**

Frau Dr. Börschel, SPD, beschwert sich, dass die Fachverwaltung bisher noch keine Antwort zu dieser Anfrage vorgelegt habe.

**6.1.4 Anfrage zum Beschluss der BV I / Tempo 50 auf der Inneren Kanalstraße
AN/0015/2019, Anfrage Grüne
AN/1120/2019**

**6.1.5 Kellertheater und Kartäuserwall, Anfrage Linke
AN/1173/2019**

**6.1.6 Sanierung des Bolzplatzes am Quäker Nachbarschaftsheim, Anfrage SPD
AN/1571/2019**

**6.1.7 Umsetzung der Multifunktionszonen vor Veranstaltungsorten, Anfrage SPD
AN/0085/2020**

Frau Dr. Börschel, SPD, kritisiert die vorliegende Beantwortung der Fachverwaltung, die zeige, dass die Fachverwaltung kein Interesse habe den Hintergrund der Anfrage zu verstehen.

**6.1.7.1 Umsetzung der Multifunktionszonen vor Veranstaltungsorten
hier: Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung
Innenstadt am 30.01.2020, TOP 6.2.1
0326/2020**

**6.1.8 Volksgartenstraße/Rolandstraße: Koordinierung der Arbeiten auf Allee-
streifen und Fahrbahn, Anfrage SPD
AN/0249/2020**

**6.1.8.1 Volksgartenstraße/Rolandstraße: Koordinierung der Arbeiten auf dem
Alleestreifen und der Fahrbahn AN/0249/2020
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung der Bezirksvertretung In-
nenstadt am 05.03.2020, TOP 6.2.1
3328/2020**

**6.1.9 Sachstand Verkehrsberuhigung Eborunenstraße, Anfrage Grüne
AN/0582/2020**

**6.1.9.1 Sachstand Verkehrsberuhigung Eburonenstraße
hier: Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung
Innenstadt am 04.06.2020, TOP 6.2.1
2401/2020**

**6.1.10 Schulweg- und Radschulwegpläne bzw. Schulwegempfehlung für das
Rad, Anfrage Grüne
AN/0925/2020**

**6.1.11 Planung der Linie 17 - Waidmarkt -, Anfrage CDU
AN/0944/2020**

**6.1.11.1 Planung der Linie 17 - Waidmarkt
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 26.08.2020, TOP 6.2.2
3215/2020**

**6.1.12 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit, Anfrage CDU
AN/0949/2020**

**6.1.13 Lüftung und Klimatisierung von Klassenräumen, Dimensionierung von Schulhöfen, Anfrage Grüne
AN/0970/2020**

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

**6.2.1 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße
(AN/1539/2010); Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung
Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016)
AN/1315/2020**

**6.2.2 Begrünung insbesondere des Ubierring, Karolingerring und Sachsen-
ring, Anfrage Grüne
AN/1402/2020**

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

**9.1 Platzfläche vor St. Heribert
hier: mündl. Anfrage von Herrn Fischer in der Sitzung der BV Innen-
stadt am 04.06.2020, TOP 7.1
2403/2020**

**9.2 Parkhaus Hochschule für Musik und Tanz für das Anwohnerparken
freigeben
2139/2020**

Kenntnis genommen

**9.3 Änderung Parkordnung zur Gewährleistung der Barrierefreiheit auf
Gehwegen in der Engelbertstraße
2524/2020**

Kenntnis genommen

**9.4 Tätigkeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und
Transgender für die Amtsperiode 2014-2020
2366/2020**

Kenntnis genommen

- 9.5 Einrichtung eines Radfahrstreifens auf der Aachener Straße zwischen Brabanter Straße und Moltkestraße im Zuge des Radverkehrskonzeptes Innenstadt**
hier: Umsetzung des Planungsbeschlusses 0473/2020 2653/2020

Kenntnis genommen

- 9.6 Regenbogen-Zebrastreifen**
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020 2688/2020

Kenntnis genommen

- 9.7 Behindertenparkplatz Metzger Straße**
hier: Beantwortung einer mündlichen Nachfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt am 04.06.2020, TOP 7.2 2713/2020

Kenntnis genommen

- 9.8 Ampelpärchen Heumarkt**
hier: Anfrage des HomoKlüngel e.V. in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender am 01.09.2020 2613/2020

Kenntnis genommen

- 9.9 Poller auf der Plankgasse**
hier: Geänderter Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 26.08.2020, TOP 4.1 2881/2020

Kenntnis geommen

- 9.10 Stellungnahme der Verwaltung zum AN/0870/2020 der BV 1 (Innenstadt) 3021/2020**

Kenntnis genommen

- 9.11 Hunde-WC Parkanlage Quentelstr. Südstadt 3022/2020**

Kenntnis genommen

**9.12 Reinigung Freizeitanlage Klingelpützpark
3122/2020**

Kenntnis genommen

**9.13 Corona-Testzentrum Hauptbahnhof AN/1140/2020
3143/2020**

Kenntnis genommen

**9.14 Klassifizierungsänderung Venloer Straße
hier: Nachfrage des BV-Mitgliedes Klemm in der Sitzung der BV Ehren-
feld am 15.06.2020, TOP 8.1
1882/2020**

Kenntnis genommen

**9.15 Bundesprogramm "Förderung von Investitionen in nationale Projekte
des Städtebaus"
Projekte des Mantelprojektes "Via Culturalis und die Quartiere der
Domumgebung";
hier: Beschluss vom 21.05.2019 aus der Sitzung des Rates der Stadt
Köln, TOP 10.15, Pkt. 3 (Vorlagen-Nr. 0930/2019) sowie Beschluss vom
28.06.2018 aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, TOP
5.2, Pkt. 3 (Vorlagen-Nr. 0950/2018)
2678/2020**

Kenntnis genommen

**9.16 Verbessertes Erscheinungsbild für die Haltestelle Hansaring (Neu-
stadt/Nord)
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am 04.06.2020, TOP
5.2.2
1899/2020**

Kenntnis genommen

**9.17 Stellungnahme zu einem Antrag der SPD-Fraktion der BV Innenstadt
vom 26.08.2020, AN/0948/2020
Aufwertung des Dechant-Löbbel-Platzes (Altstadt / Nord)
3206/2020**

Kenntnis genommen

- 9.18 Temporäres Buslinienkonzept an der Behelfsbrücke am Waidmarkt hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt am 26.08.2020, TOP 5.2.11 2987/2020**

Kenntnis genommen

- 9.19 Tätigkeitsbericht der Ämter für Straßen und Verkehrsentwicklung und für Verkehrsmanagement 2019 3138/2020**

Kenntnis genommen

- 9.20 Änderung und erneute Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 65450/05 nach § 3 Absatz 2 BauGB in Verbindung mit § 4a Absatz 3 BauGB; Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 3291/2020**

Kenntnis genommen

- 9.21 Jahresbericht der Bezirksvertretung Innenstadt 2018 - 2020 3457/2020**

Kenntnis genommen

- 9.22 Ergänzung des Reinigungsverzeichnisses nach Beschlussfassung. 3371/2020**

Kenntnis genommen

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bedankt sich bei allen Anwesenden, wünscht eine schöne Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr und schließt die Sitzung.

gez. Hupke
Bezirksbürgermeister

gez. Brohl
Schriftführerin